



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 25.11.2025 – Auszug aus Drucksache 19/9192 –

Frage Nummer 36 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Anna
Rasehorn**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wen meint der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger mit seiner Aussage in der Kabinetts-Pressekonferenz vom 18.11.2025, wonach „Personen aus der Gesellschaft ausbrechen und dann von mehreren Personen rund um die Uhr betreut werden müssen“, dies „eine halbe Million im Jahr“ koste, „nicht mehr verantwortbar“ sei und man „da ran müsse, sonst können wir diese Party nicht mehr bezahlen“, was genau er mit dieser Formulierung zum Ausdruck bringen wollte und welche konkreten Lösungsvorschläge der Staatsminister für den von ihm beschriebenen Sachverhalt unterbreitet?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Vor dem Hintergrund überproportional steigender Kosten für immer höhere Sozialstandards bei stagnierender Wirtschaftsleistung und knappen Haushaltskassen nennt Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger exemplarisch Fälle, welche erhebliche Finanzressourcen binden. Diese ereignen sich unter anderem im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes aufgrund dessen beispielsweise betreuungsbedürftige Personen eine Wohnform wählen können, die eine intensive Rundumbetreuung erfordert, anstatt in vergleichbarer Weise angemessene Betreuung in einer Einrichtung in Anspruch zu nehmen. Hierunter befinden sich auch Extremfälle im Kinder- und Jugendbereich. Oftmals liegen bei diesen Fällen teils massive fremd- und/oder autoaggressive Verhaltensweisen vor, deren individuelle Betreuung Kosten in der genannten Größenordnung auslösen. Im Vergleich zu 2023 stiegen die Bruttoausgaben für die Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch in Bayern im Jahr 2024 um rund 428 Mio. Euro. Dies stellt eine immens hohe Kostenbelastung regionaler Träger dar und zeigt, dass eine sorgfältige Überprüfung teurer Standards nun dringend erfolgen muss. Soziale Verantwortung bleibt in der Zukunft nur dann finanzierbar, wenn die Ausgabenentwicklung beherrschbar bleibt.